



Poldi

KPÖ - PolitikDirekt in die Leopoldstadt

Wohnkostenanstieg, dubiose Sanierungen: "Wiener Wohnen" außer Kontrolle

Bericht aus dem Gemeindebau Vivariumstraße 6-10 auf Seite 6



Die KPÖ Leopoldstadt ist in Bewegung - hier bei der Alternativen Linken Maidemonstration am 1. Mai 2010: Gemeinsam mit Bezirksrat Josef Iraschko gehen Melina Klaus, Viktoria Klaus, Doris Schlager und viele weitere AktivistInnen ins Wiener Wahljahr 2010.

**Augartenspitz:
So agiert die
"Häupl-Nettig-
Pühringer-
Connection"
S. 3**

**Irma Schwager:
Eine große
Leopoldstäd-
terin ist 90
S. 4-5**

**Konstantin
Wecker:
Drum werd
ich jetzt
Grieche!
Kommentar S. 7**

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Unsere Genossin *Irma Schwager* wird am 31. Mai 2010 neunzig Jahre alt und – was das ganz Besondere an ihr ist – sie ist noch immer auf der Höhe der Zeit und kein bisschen leise. Ihr Leben als Antifaschistin, Widerstandskämpferin, Kommunistin und Feministin nehmen wir uns zum Vorbild. An dieser Stelle sende ich ihr meine besonders herzlichen Grüße zum Ehren-



KPÖ-Bezirksrat Josef Iraschko
(Foto: Martin Juen)

tag. Nebenstehend zeigt ein Bericht aus der Bezirksvertretung, in der es die Freiheitliche Partei einfach nicht lassen kann, ihre angeblichen Sorgen um den "kleinen Mann" für antisemitische Reflexe zu benutzen.

Am "Augartenspitz" hat der von Nettig, Häupl und "Investor" Pühringer missbrauchte Bubenverein "Wiener Sängerknaben" inzwischen trotz enormem Widerstand aus der Bevölkerung Fakten geschaffen. Es gibt zwar keine rechtlichen Grundlagen, trotzdem: die Bäume sind weg, Privat-Sheriffs bewachen hinter Gitter rund um die Uhr das für die Wiener Betonmafia zugerichtete Gelände. Versuche, den Widerstand zu kriminalisieren, häufen sich. Besonders die Bezirks-FPÖ hetzt, mit wohlwollender Unterstützung von SPÖ und ÖVP in den diversen Bezirkszeitungen gegen diejenigen, die das Unrecht sichtbar machen und das Naherholungsgebiet zu Gunsten der Bevölkerung erhalten wollen. Wir berichten dazu auf Seite 3.

Wie "Wiener Wohnen" die MieterInnen in den Gemeindebauten, insbesondere über sogenannte "thermische und §18 MRG-Generalsanierungen" abzockt, darüber berichtet Gerald Grassl aus dem Gemeindebau Vivariumstraße 6-10 auf Seite 6. Hier kommen schwere Zeiten auf die MieterInnen zu, wenn sie sich nicht zu wehren wissen! Als MieterInnenberater stehe ich Ihnen jederzeit und gerne nach besten Kräften zur Verfügung.

Abschließend möchte ich noch auf das Personenkomitee: "Rassismusfreie Zone Leopoldstadt und anderswo" hinweisen, das auch 2010 - und diesmal bezirksübergreifend - aktiv sein wird. Beginnend mit einem Aktionstag am Freitag, 10. September am Karmeliterplatz, wird es einen Aktionsmonat bis 10. Oktober mit zahlreichen Veranstaltungen geben. Mehr dazu auf Seite 7.

Wir hoffen, auch diesmal eine Bezirkszeitung zum Nachdenken geschaffen zu haben.

**Ihr KPÖ-Bezirksrat Josef Iraschko
und das Poldi-Team.**

Email: mieterselbsthilfe@kpoe.at

Aus der Bezirksvertretung Antisemitischer Reflex

Am 23.3. fand eine Sitzung der Bezirksvertretung statt. Von der FPÖ wurde ein Antrag eingebracht, der scheinbar aus Solidarität mit AnrainerInnen den Bezirk aufforderte, einen Ausbau des am Donaukanal angesiedelten "Tel Aviv Beach" zu verhindern.

Schon letzten Sommer protestierten einige lärmgeplagte AnrainerInnen heftigst beim Bezirksamt. Als KPÖ-Bezirksrat wurde ich vor kurzem von zwei Bewohnerinnen angeschrieben, die mich um mein Einschreiten baten, weil sie für die Sommermonate mit Schlafstörungen rechnen.

Der FPÖ-Antrag ist aber unglaubwürdig. Hat diese doch zusammen mit SPÖ und ÖVP alle meine bisherigen Bemühungen zur Verhinderung einer Kommerzialisierung des Naherholungsgebietes Donaukanal abgeblockt. Mein Einwand, dass der Erholungsraum durch seine Verwertung immer mehr eingeengt wird und dies zu Konsumzwang führt, wurde als weltfremd belächelt. Es stellte sich für mich also die Frage, was den Sinneswandel der FPÖ herbeigeführt haben könnte. Und leider ist es so: Hinter der vorgeblichen "Hilfe" für AnrainerInnen steckt ein handfester antisemitischer Reflex - ausgelöst durch die Bezeichnung "Tel Aviv Beach". Also die übliche auf Medienecho spekulierende Provokation von rechts! Die Belastung der AnrainerInnen durch alle anderen Konsumzonen im Bezirk ist der FPÖ völlig egal.

Es war interessant, dass alle Parteien bis auf die Grünen meine Interpretation sofort und lautstark ablehnten, mir aber niemand erklären konnte, wie es sonst zu diesem "Sinneswandel" gekommen sein sollte. Also stellte ich einen Abänderungsantrag: "Die BV möge sich gegen jegliche weitere Kommerzialisierung dieses wichtigen Naherholungsgebietes aussprechen und sich stark machen für einen Rückbau der schon jetzt sehr starken Konsum-'Verhüttelung' des Donaukanals. Als Ersatz sollte sich die BV dafür aussprechen, dass dieses Gebiet neben der Erholung für öffentlich geförderte Straßenkunst geöffnet wird, besonders für KünstlerInnen aus dem MigrantInnenbereich." Das fanden nun alle bis auf die FPÖ äußerst "witzig" (statt sich mit dem Anliegen wirklich auseinanderzusetzen) und mein Abänderungsantrag wurde der FPÖ vorgelegt, die diesen heftig und sichtlich verärgert ablehnte.

Die von mir angeregte Debatte über Konsumzwang, Kommerzialisierung des öffentlichen Raums sowie über Funktionen von Grünflächen und Erholungsraum wurde natürlich nicht geführt. Der offene Antisemitismus der FPÖ wurde kleingeredet aber mehr oder minder dankbar aufgegriffen. Von der allgemeinen Störung und gesundheitlichen Beeinträchtigung der AnrainerInnen und von der zunehmenden Zerstörung von Naherholungsgebieten war am Ende keine Rede mehr. ■ (J.I.)

Zum Beispiel Augartenspitze Sicher nicht "politikverdrossen"

von Hans-Peter Schwarz

Nicht einmal die Hälfte der WienerInnen ging zur Bundespräsidentenwahl. Und schon folgte in den Medien das alte Lied von der angeblichen "Politikverdrossenheit".

Es wird den Leuten so lange eingebläut, dass sie von der Politik "verdrossen" sind, bis sie es auch glauben und sich für Politik tatsächlich nicht mehr interessieren. Das kann den Machthabern, den Mächtigen, dem Wirtschaftsbund und der Industriellenvereinigung nur recht sein, denn die sind natürlich bestens organisiert

und wissen auch, wie sie ihre eigenen Interessen optimal durchsetzen.

Zuweilen wird auch Demokratie gespielt. Mit großem Getöse lässt man in der Stadt über ein paar No-Na-Fragen abstimmen. Wenn sich Menschen FÜR ein konkretes Projekt engagieren und dafür nicht den Sanktus der großen Parteien haben, ist es mit demokratischer Mitbestimmung allerdings aus.

Sängerknabe Nettig scheut die Öffentlichkeit

Denn würde man in der

Leopoldstadt (oder auch Brigittenau) eine Volksbefragung zur Frage organisieren, ob die Wiener Sängerknaben im Augartengelände einen eigenen großen und sehr teuren Konzertsaal benötigen, wäre das Ergebnis klar: Die große Mehrheit würde sicher gegen das unnötige Bauvorhaben stimmen! Aber da wiegen die Interessen der Bauwirtschaft und der Tourismusbranche mehr, denn die sind die einzigen Gewinner bei dieser Geldverschwendungsaktion. Dafür sorgt schon der Außenwirtschaftsbeauftragte der Stadt Wien, Walter Nettig, der zugleich Präsident des Vereins der Wiener Sängerknaben ist. Als mit den BesetzerInnen des Augartenspitzes ein Gespräch angesagt war, wurde der Termin vom Wirtschaftskammerer Nettig kurzfristig abgesagt, nur weil die Besetzer darüber auch die Presse informiert hatten. Warum scheuen Nettig und sein Präsidium die Öffentlichkeit?

Schlägertrupps statt Dialog

Stattdessen setzte das Sängerknaben-Präsidium Schlägertrupps einer privaten Security-Firma zur Räumung des Geländes ein. Weil die Polizei sich weigerte, da (noch) die dafür rechtlichen Voraussetzungen gefehlt hatten. Nebenbei war auch zu erfahren, dass für die Security-Typen das eine "praktische Übung" für den Fall möglicher Betriebsbesetzungen gewesen sei. Um hier eine Räumung von streikenden Arbeitern zu trainieren?

Nicht lange nach dieser Ak-

tion wurde bekannt, dass es früher auch im Internet der Wiener Sängerknaben sexuellen Missbrauch und Schläge für die Zöglinge gegeben hatte.

Gewalt mit System

Was war die Folge dieser Beschuldigungen? Hat irgendjemand davon gehört, dass etwa die Staatsanwaltschaft in dieser Frage aktiv geworden wäre? Und: Da hat offensichtlich die Aufsicht über die Pädagogen der Wiener Sängerknaben versagt! Und davon soll Herr Nettig nichts gewusst haben?

Wie ist es möglich, dass ein Mann, der einen so sorglosen Umgang mit Gewalt hat, weiterhin Außenwirtschaftsbeauftragter der Stadt Wien bleiben kann? Die Stadtregierung (und damit auch die SPÖ) macht es sich in dieser Frage einfach: "Uns geht das nichts an, denn der Augarten ist unter der Verwaltung der Burghauptmannschaft, die untersteht wiederum dem Wirtschaftsministerium, daher können wir nichts machen." Der mächtige Bürgermeister Häupl soll in dieser Frage plötzlich ganz machtlos sein? Jedenfalls beweisen die BesetzerInnen am Augartenspitze täglich, dass die WienerInnen ganz sicher nicht "politikverdrossen", sondern nur von der praktizierten Stadtpolitik verdrossen sind. ■

Laufend neue Informationen zur Besetzung des Augartenspitzes unter
<http://erlustigung.wordpress.com>



Der Augartenspitze: Einst Grünase, jetzt Betonwüste mit Stacheldraht.

Irma Schwager zum 90. Geburtstag Widerstandskämpferin, Antifaschistin, Kommunistin

Einer so großen Frau zu ihrem 90. Geburtstag zu gratulieren, ist nicht leicht. Über Irma Schwagers Verdienste ist schon viel gesagt worden. Uns bleibt daher nur zu sagen: Danke und die herzlichsten Glückwünsche!

Irma Schwager alias Susanne Berger alias Irma Wieselberg feiert am 31. Mai ihren 90. Geburtstag. Drei Namen, drei Lebensabschnitte: Irma Wieselberg kennzeichnet ihre Kindheit und Jugend in Wien; Susanne Berger war ihr Name im französischen Widerstand und Irma Schwager, als die wir alle sie kennen, steht für ihr vielfältiges Wirken in Österreich nach der Befreiung vom Faschismus bis heute.

Ein Interview mit ihr, entstanden zum Anlass ihres 80. Geburtstages, birgt noch immer unbekanntes von ihrer reichen Lebensgeschichte in der Frauen- und Friedensbewegung und in der KPÖ, zusammengefasst hat es BÄRBEL MENDE-DANNEBERG:

Nie wieder Krieg

"Nach 1945 haben wir gesagt, es darf nie wieder zu solch einem Krieg kommen, nie wieder Krieg und Faschismus! Das war der Wunsch vieler Menschen auch über die Kommunistische Partei hinaus. Auch wenn viele die Befreiung als Niederlage empfunden haben – aber froh waren doch alle, dass dieser Bombenkrieg vorbei war. Und wir haben natürlich die große Illusion gehabt, dass jetzt alles anders wird, dass aus der Geschichte gelernt und ein neues Österreich entstehen wird.

Was die Frauen betrifft, so haben unterschiedlichste Per-



sönlichkeiten wie etwa Grete Schütte-Lihotzky, Anna Grün, Lina Loos oder Marie Eis, Künstlerinnen, Schauspielerinnen oder Schriftstellerinnen, vor allem auch Frauen, die selbst im Widerstand waren, versucht, den Gedanken des Antifaschismus weiterzutragen: Frauen müssen eine Kraft für den Frieden werden. Da ist mit diesen Frauen die erste Gruppe des Bundes Demokratischer Frauen gegründet worden. Im Oktober 1945 erschien dann auch schon die erste Ausgabe der „stimme der frau“, es war die erste Frauenzeitschrift der 2. Republik. Es war das Bemühen, eine überparteiliche Organisation zu gründen, in der Frauen aller Richtungen in einem neuen Österreich gleiche Rechte haben. 1945 ist auf internationaler Ebene die Internationale Demokratische Frauenföderation (IDFF) gegründet worden. Es war die einzige Fraueninternationale, in der auch die sozialistischen Länder vertreten waren. Beim Gründungskongress waren auch Österreicherinnen dabei. Im Jahr 1948 wurde unter den Frauen diskutiert, ob sich der Bund Demokratischer Frauen dieser IDFF anschließen soll. Manche wollten das nicht, weil ihnen das zu kommunistisch erschien.

Arbeit mit Frauen

Bis dahin hat die Kommunistische Partei wie auch alle anderen Parteien Frauenkomitees gehabt, das war so bei der ÖVP und der SPÖ. Die KPÖ hatte Frauenaktivitäten in ihren Leitungen. Das war eine große Diskussion in der Partei – eigentlich sollte man versuchen, die Frauen unabhängig von Parteien zu sammeln



in einer Vereinigung wie dem Bund Demokratischer Frauen. Damit eine solche Frauenbewegung wirklich einen Druck und Glaubwürdigkeit bekommt, hat die Kommunistische Partei ihre Frauenaktivitäten aufgelöst. Die meisten von ihnen sind in den Bund Demokratischer Frauen gekommen. Die Grete Schütte-Lihotzky ist Vorsitzende des BDFÖ geworden.

Ich bin 1952 in den BDF gekommen und wurde gefragt, ob ich in der Leitung mitarbeiten möchte. Das habe ich getan, meine Kinder waren aus dem Größten heraus, und so haben wir in dieser Frauenorganisation drei wichtige Themen gehabt: Frieden, Antifaschismus und antifaschistische Aufklärung der Jugend. Es wurde auch ein Komitee gegründet, bei welchem der Bund Demokrati-

scher Frauen aktiv mitgewirkt hat und in welchem Frauen unterschiedlichster Weltanschauung zusammengearbeitet haben. Dieses Komitee hat über 30 Jahre lang antifaschistische Filmvorführungen in der Urania veranstaltet.

Unsere Schwerpunkte haben sich erweitert. Die Frage Gleichberechtigung, Kinderbetreuung, der Kampf gegen den §144, die Reform des Ehe- und Familienrechts – hunderte Fragen, die ja weit über linke Organisationen hinausreichen. Wir haben in der 2. Republik bei jedem Justizminister vorgesprochen, damit das Familienrecht aus der Postkutschzeit reformiert wird. Und jeder Justizminister hat uns recht gegeben, aber im Parlament brauche man dazu eine Mehrheit, wurde uns immer gesagt. Das war ein langer Kampf, der erst in den 70er Jahren erfolgreich war.

Wir haben schon etwas in Bewegung gebracht. Wir haben zwar unser Ziel nicht erreicht, eine große, überparteiliche Frauenorganisation zu schaffen, aber wir haben mitgewirkt, Frauenbewusstsein zu schaffen. Mit Johanna Dohnal ist ein großer Durchbruch gelungen, weil sie bereit war, ihre Tore breit zu öffnen, auch für uns. Da ist dann auch zusammen mit der autonomen Frauenbewegung vieles in Bewegung gekommen.

Die Aktionseinheiten zum Internationalen Frauentag am 8. März wurden schließlich, nachdem wir anfangs mit unseren Forderungen allein auf der Straße waren, von einem breiten Bündnis getragen." ■

Bleibende Bilder

Doris Schlager:

Die Irma ist so eine großartige Frau. Als wir neulich die KandidatInnenliste für die Bezirksratswahl diskutiert haben, wollten wir natürlich alle, dass auch Irma kandidiert. Das hat sie - wie konnte es auch anders sein - abgelehnt. "Weil die KPÖ dann so alt wirkt, wenn ich mit meinen 90 Jahren kandidiere." Das meint sie ernst. Sie hat wirklich keine Ah-



nung, welche Ehre es wäre, wenn wir mit ihr kandidieren dürften. Für die Irma ist eben alles, was sie getan hat, einfach selbstverständlich, weil es notwendig war. Außerdem ist sie wahrscheinlich die jüngste 90jährige der Welt.

Claudia Krieglsteiner:

Irma hat uns junge Genossinnen in der Partei immer ermutigt öffentlich aufzutreten und Funktionen zu übernehmen, auch wenn wir selber oft daran gezweifelt hatten, ob wir das hinkriegen werden. So wurde ich zum Beispiel 1988 "beauftragt" bei der Veranstaltung zum 70. Jahrestag der Grün-

dung der KPÖ im Austriacenter zu sprechen. Ich war sehr unsicher, ob ich das übernehmen sollte und Irma hat zu mir gesagt: aber natürlich



sollst Du, erstens weil Du's kannst und zweitens weil es für die Partei gut ist, wenn junge Frauen für sie sprechen.

Heidi Ambrosch:

Mit Irma verbinden mich heute 30 Jahre frauenbewegte Auseinandersetzungen. Anfang der 80er Jahre hatte die KPÖ noch kein frauenpolitisches Profil. Diesbezügliche Fragen wur-



den in einer "familienpolitischen" Kommission bearbeitet, sie reduzierten sich auf sozialökonomische Forderungen. Fragen des Sexismus, patriarchale Strukturen und Gewalt waren quasi Tabu bis wir das Thema "die bürgerliche Familie" auf die Tagesordnung setzten und die Umbenennung der Kommission und ihrer Agenden in "frauen- und familienpolitische", kurze Zeit darauf die gänzliche Abtrennung von

der Familie durchsetzen. Die nächsten Schritte waren die Erarbeitung eines eigenen Frauenprogramms und die Wahl einer Frauenvorsitzenden sowie die Schaffung eines eigenen Frauenreferats der KPÖ. Es gab nicht wenige GenossInnen, die unsere feministische Offensive als das Eindringen bürgerlicher Ideologie in die KPÖ bekämpften, in Irma aber hatten wir eine verlässliche Stütze, sie war immer und unermüdlich auf der Seite der Frauen. Eine öffentliche Würdigung ihrer Leistungen ist überfällig!

Didi Zach:

Ich bin stolz, dass es Genossinnen wie Irma Schwager in der KPÖ gibt. Von ihrer Aussage "Widerstand war notwendig, Widerstand ist notwendig, Widerstand wird noch lange, lange notwendig bleiben" bin ich begeistert, seitdem ich sie das erste Mal gehört habe.

für sie so gefahr- und opfervollen Zeitraum als Antifaschistin und Widerstandskämpferin relativ kurz fasste, lieber von der heutigen Zeit sprach und immer engagiert analysierte und zu mutigem Widerstand aufrief. Es ging und geht Irma immer um das, was heute zu tun ist. Die Vergangenheit ist für sie nur die Bestätigung dafür, das Richtige getan zu haben. Da denke ich mir oft: so möchte ich auch sein im hohen Alter. Nicht Rückzug auf die Erinnerungen, sondern Fortschreiten in eine andere Zukunft ohne Unterdrückung und Ausbeutung. Dafür, dass ich das hautnah fast in jedem unserer Treffen auf's Neue erleben darf, dafür wünsche ich Irma noch viele Jahre - als ein ständig ermunterndes Beispiel.

Gerald Grassl:

Ich schrieb vor 35 Jahren ein Liebesgedicht für Irma. Ich könne/müsste dieses Gedicht nun wiederholen. Vielleicht ein bisschen anders. Meine Zuneigung ist bei jeder Begegnung gewachsen. Sie ist wie mit 19: Wach, engagiert, kämpferisch, lernend, neugierig bleibend - gepaart mit der Ruhe und "Weisheit" einer großen Lebenserfahrung in Jahren des aufrechten Ganges. ■



Gemeindebau Vivariumstraße 6-10

"Wiener Wohnen" außer Kontrolle

von Gerald Grassl

Alltag im Gemeindebau: Hämmern und Bohren den ganzen Tag lang. Zermürbend. Wieder wird – wie so oft – irgendetwas "saniiert". Und wenn IM Haus keine neuen Bastelarbeiten anfallen, wird draußen gemalt oder am Dach repariert.

Wer kann kontrollieren, ob DAS ALLES auch wirklich notwendig ist, was dann jeden Monat ziemlich teuer als "Betriebskosten" zu bezahlen ist?

Kurios wird es aber, wenn ohnedies eine "Generalsanierung" des gesamten Baus mit ca. 400 Wohnungen im Herbst beginnen soll. Über 10 Millionen Euro wird das kosten. Für etwa einhalb Jahre werden wir in einer Baustelle leben. Ein kleiner Teil dieses Betrages wird aus diversen (im Verhältnis KLEINEN) Förderungen beglichen, was nun zu einer nahezu Verdoppelung der Mieten führen wird.

Man stelle sich vor, dass Grundnahrungsmittel von heute auf morgen beispielsweise um 10 Prozent verteuert werden würden. Hier steigen die Kosten für das Wohnen fast um 100 Prozent! Und das vor dem Hintergrund, dass "Wiener Wohnen" TÄGLICH 3 bis 5 Leute delogiert.

Gemeindewohnungen sind zwar vergleichsweise noch immer günstiger als jene am "freien Markt", gleichen sich aber zunehmend den Mieten der normalen Hausbesitzer an. Zwar gibt es immerhin noch die Möglichkeit, Mietbeihilfen zu bekommen, doch auch für die meisten Sozialhilfe- oder Notstandshilfebezieher kommt das nicht in

Frage, weil diese Hilfe so berechnet ist, dass die meisten knapp mehr Einkommen haben (und trotzdem an oder auch unter der Armutsgrenze leben), um sie in Anspruch nehmen zu können. Oder die Wohnung ist zu groß usw.

MieterInnen werden nicht gefragt

Die Autofahrer, die schon jetzt jammern, dass es in Praterstraße kaum möglich ist, einen Parkplatz zu finden, werden während der Zeit der Sanierungsarbeiten (ca. 1 ½ Jahre) wegen der Baufahrzeuge und dem zusätzlichen Fahrzeugaufkommen der Handwerker dann überhaupt keinen Parkplatz mehr finden – und fragen sich, wozu sie dafür auch noch das Parkpickerl bezahlen?

Oder: Egal, ob man will oder nicht, werden bei den Sanierungen auch alle Fenster ausgetauscht. Mit Rollos (in einheitlicher Farbe), das macht die Sache nicht nur um ca. 40 Prozent teurer, sondern selbst im engsten Wohnbereich (nämlich mit welchen Farben will ich leben?) hört schon das Mitspracherecht auf. Dazu kommt, dass für alle Mieter auch



Gemeindebau Vivariumstraße: Diese Häuser sind voll intakt. Gegen den Willen der MieterInnen werden nun alle Türen und Fenster, die Fassade, die Dach erneuert. Kosten: 10 Millionen Euro. Was die Mieten in der Folge fast verdoppelt!

noch die Kosten für das Ausmalen oder neu Tapezieren der Wohnung anfallen.

Dubiose Auftragsvergabe

Apropos Malerarbeiten: Obwohl es um einen Betrag in der Höhe von insgesamt 10 Millionen geht, gab es keine ordnungsgemäße Ausschreibung für die Arbeiten. Ein Malereibetrieb vor Ort erstellte eine Kalkulation, dass sein Unternehmen die gleichen Arbeiten GANZ SICHER und gleichwertig um 200.000,- Euro günstiger durchgeführt hätte. Denn so seltsame Beträge wie Extrakosten, um die "Baustelle zu säubern" wären bei ihm nicht angefallen, weil das für jeden seriösen Handwerksbetrieb selbstverständlich sein soll.

Auch bei anderen Handwerksarbeiten fällt auf, dass Betriebe die Aufträge erhielten, die mit ihrem Angebot – in den meisten Fällen (nicht immer) – auffallend hohe Kostenangaben und dennoch den Zuschlag erhielten. Auf Kosten der Mieter. Wem fällt dabei nicht sofort der Fall von Betrug ein, als Leute von

"Wiener Wohnen" die über-teuerten Auftragsarbeiten für Sanierungen Betrieben zuschanzten, die ihren Verwandten gehörten? Fortsetzung folgt... ■

P.S.:

Dieser Artikel von Gerald Grassl ist von ihm als betroffener Mieter geschrieben worden. Beim Korrekturlesen habe ich als gelernte MieterInnenberaterin einige kleinere rechtliche Fehler gefunden. Das Mietrecht ist leider so kompliziert, dass es verständlich ist, wenn MieterInnen auch nach einer guten Beratung einzelne Begriffe verwechseln. Wir haben uns dennoch entschieden, den Artikel unverändert abzdrukken. Denn, ob die Reparaturen von den Betriebskosten oder aus der Hauptmietzinsreserve bezahlt werden, spielt für die grundsätzliche Aussage keine Rolle: letztendlich wird jede Sanierung von den MieterInnen selber bezahlt. Genau aus diesem Grund schlägt KPÖ-Bezirksrat und Mietrechtsexperte Josef Iraschko, der Gerald Grassl mit Rat und Tat zur Seite stehen wird, eine Gesetzesänderung vor, die eine Drittellösung vorsieht. Jede Sanierung soll zu einem Drittel von den EigentümerInnen, zu einem Drittel öffentlich gefördert und nur zu einem Drittel von den MieterInnen bezahlt werden.

Doris Schlager, Obfrau der MieterInnen-Initiative

**Die MieterInneninitiative
(www.mieterinnen.org)
bietet Rat und Hilfe bei
Wohnungsproblemen aller
Art. Kontaktinformationen
auf Seite 8!**

Aktionsmonat im Herbst

Rassismusfreie Zone 2010

Vor zwei Jahren stellte KPÖ-Bezirksrat Josef Iraschko den Antrag, dass die Leopoldstadt eine "Rassismusfreie Zone" werden soll. Der Antrag wurde von allen Parteien angenommen und "zur weiteren Behandlung" der Kulturkommission zugewiesen. Dort verschwand er bis auf Weiteres in einer Schublade.

Vor einem Jahr fand sich im Café Sperlhof ein Personenkomitee, das gemeinsam an diesen Antrag erinnern wollte: Ein breites Spektrum von Leuten, denen der alltägliche Rassismus im Bezirk auf die Nerven geht: Ute Bock, Gerald Grassl (Werkkreis Literatur der Arbeitswelt), Uschi Lichtenegger (Kramer-Gesellschaft und Grüne), Pater Mario von der Kirche am Mexikoplatz, Josef Iraschko (KPÖ), Pädagoginnen von Leopoldstädter Schulen, Lokalbesitzer und viele andere, übrigens auch



Mitglieder der SPÖ, wie etwa der Schriftsteller Eugen Bartmer, die Fotokünstlerin Maria Scheibl oder der Bildhauer Oswald Stimm und natürlich viele Parteilose, engagierte Leute der jüdischen Kultusgemeinde, verschiedene antirassistische Organisationen.

Sie alle wollten mit einer Aktionswoche an den Beschluss "Rassismusfreie Zone Leopoldstadt" erinnern und stellten einen Antrag an die Bezirksverwaltung, diese Veranstaltung finanziell zu unterstützen (für Flugblätter,

Bühnenaufbau etc.): Abgelehnt! Interessant ist die Begründung: Man sei nicht bereit, ein Vorhaben von Kommunisten, das in einem Parteilokal der KPÖ beschlossen worden sei, zu unterstützen.

Da staunten der Cafetier des Sperlhofs und die etwa 30-40 Beteiligten nicht schlecht, dass sie von SPÖ-Beamten taxfrei zu Kommunisten geadelt worden waren. Wusste eigentlich der Kulturstadtrat Mailath-Pokorny, dass er nach dem legendären kommunistischen Kulturstadtrat Viktor Matejka

gelassen haben.

Und jetzt kommen all diese angepassten Volks- und Betriebswirtschaftler und erzählen immer denselben verlogenen Blödsinn, anstatt endlich mal das auszusprechen, was schon lange fällig ist: Nehmt es den Reichen und hört auf, uns zu verarschen.

Das Selbstbewusstsein der Spekulanten ist schon wieder groß. Sie machen die Vorgaben und die Politik wird zum Handeln gezwungen. Und wo soll jetzt gespart werden? Ganz einfach: Steuern rauf, Löhne und Renten runter. Ist das nicht seit Jahrzehnten das erklärte Ziel der neoliberalen Verbrecherbande?

von Renate Mocza

(1945–1949) der zweite Kommunist in diesem Amt der Gemeinde Wien ist? Immerhin hatte er den Ehrenschutz über die Veranstaltungswoche übernommen. Alle Parteien wurden gebeten, die Woche "Rassismusfreie Zone" zu unterstützen. Nur die Grünen und die KPÖ im Bezirk folgten der Einladung.

Aufgrund des großen Erfolges 2009 wird das Aktionskomitee "Rassismusfreie Zone" kommenden Herbst einen Aktionsmonat organisieren. Denn noch immer liegt der beschlossene Antrag in einer Schublade des Kulturausschusses. Und wieder werden alle Parteien zur Mitarbeit und Unterstützung eingeladen.

Wir lassen uns überraschen, wer den antifaschistischen Auftrag der Verfassung ernst nimmt, wem der Kampf gegen den alltäglichen Rassismus ein echtes Anliegen ist. ■

www.rassismusfreiezone.at

Dieser Kapitalismus ist nicht mehr zu retten, er ist ein Zerstörungsprojekt, das auf der Erniedrigung der Frauen und Armen basiert und durch Kriege immer neue Märkte schaffen und bereits erschaffene Werte künstlich wieder zerstören muss.

Drum werd ich jetzt Griechen. Die wehren sich auch stellvertretend für uns. Lasst uns solidarisch sein mit den wütenden und zornigen Griechen. Und dann geht es auch bei uns los, dann wehren wir uns. Wie richtige Griechen!

Konstantin Wecker, 1. Mai 2010, <http://www.wecker.de>

Über den Tellerrand

Drum werd ich jetzt Griechen

Was da zur Zeit mit unseren Freunden den Griechen getrieben wird, spottet jeder Beschreibung. Wieder mal schafft es eine Clique superreicher Soziopathen, ihre Gewinne auf Kosten derer zu vermehren, denen sie diese Gewinne überhaupt erst verdanken: Lohnabhängige, klei-



Foto: Thomas Karsten. (www.wecker.de)

ne Gewerbetreibende, Bezieher von Renten und Transferleistungen.

Uns wird das so verkauft, als wäre die einzige Möglichkeit, den Euro zu retten, wenn man uns das Wenige aus der Tasche zieht, das sie uns noch

KPÖ Leopoldstadt & Freunde

Termine & Aktionen

Stammtische der KPÖ Leopoldstadt

Die KPÖ Leopoldstadt trifft sich regelmäßig im Café Sperlhof, Große Sperlgasse 41, 1020 Wien. Wir diskutieren aktuelle politische Themen und planen unsere Aktivitäten bis zur Bezirksratswahl 2010. Gäste und InteressentInnen sind stets herzlich willkommen! Beginn jeweils um 18.30 Uhr.

7. UND 21. JUNI 2010

5. UND 19. JULI 2010

2., 16. UND 30. AUGUST 2010

Jetzt Vormerken: Das Volksstimmefest 2010

Am 4. und 5. September 2010 findet das 64. Volksstimmefest auf der Jesuitenwiese im Prater statt. Alle Infos zum Festprogramm ab Juli unter www.volksstimmefest.at - Anfragen und Kontakt: volksstimmefest@aon.at

KPÖ aktiv in Wien

Kaktusfest der KPÖ Donaustadt im KPÖ-Haus Wurmbrandgasse 17, 1220 Wien.

29. Mai 2010, ab 16 Uhr

Bücherflohmarkt der KPÖ Favoriten im Lokal Troststraße 68-70, Eingang Herzgasse

24. Juni 2010, 9-17h

25. Juni 2010, 9-17h

26. Juni 2010, 9-13h

Rassismusfreie Zonen

Vorbereitungstreffen für den Aktionsmonat 2010 im Gasthaus Bierritter, Fruchtgasse 1, 1020 Wien. Beginn jeweils um 18.30 Uhr.

31. Mai 2010

28. Juni 2010

MieterInnen-Initiative



- kostenlose Mietrechtsberatung
- Rechtshilfefonds für einkommensschwache MieterInnen
- Schulungskurse im Mietrecht

Liechtensteinstr. 123/20, 1090 Wien, Telefon: 01/319 44 86, Email: office@mieterinnen.org, <http://mieterinnen.org>

Jesaja 30,21

... und wenn ihr zur Rechten oder wenn ihr zur Linken abbieget, so werden deine Ohren ein Wort hinter dir her hören:

Volksstimme

Das Volksstimme-Abo für 18 Nummern kostet regulär 50 €. Das ermäßigte Volksstimme-Abo für 18 Nummern kostet 25 €. Es bleibt den LeserInnen selbst überlassen, wie er/sie seine finanziellen Möglichkeiten einschätzt. Wir freuen uns jedenfalls über jedes Abo, und hoffen auch weiterhin auf möglichst viel reguläre.

BESTELLMÖGLICHKEITEN:

Per E-Mail: abo@volksstimme.at

Über die KPÖ-Homepage: www.kpoe.at

Per Post: Volksstimme Abo-Verwaltung, Südbahngürtel 24
9020 Klagenfurt/Celovec

Per Telefon: +43 676 696989

Per Fax: +43 463 32154-17

Ja, ich will PoDi!

Bitte ankreuzen:

- Schickt mir die nächste PoDi-Ausgabe gratis zu!
- Nehmt mich in euren Email-Verteiler auf!
- Ich bestelle ein Volksstimme-Abo!
- Ich möchte aktiv werden, ruft mich an!



Vorname: _____

Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Email: _____

Tel.: _____

Abschnitt einsenden an: PoDi/KPÖ Leopoldstadt, z.H. Josef Iraschko, Nestroyplatz 1, 1020 Wien oder bei den KPÖ-AktivistInnen abgeben!

Jetzt PoDi unterstützen!

Kto.: 00604217604 BLZ 12000, Zweck: "Poldi-Spende"